

Lebenskundlicher Unterricht

HVD und Lebenskundlicher Unterricht und Humanistische Beratung in der Bundeswehr

1.)

In der Bundeswehr sind alle Soldaten grundsätzlich verpflichtet, am Lebenskundlichen Unterricht teilzunehmen. Dieser Unterricht wird ausnahmslos von Militärpfarrern der beiden christlichen Großkirchen erteilt. Auch Soldaten, die anderen Kirchen angehören oder glaubensfrei leben, müssen entweder am katholischen oder am evangelischen Pflichtunterricht teilnehmen. Es gibt für diesen Unterricht keine gesetzliche Grundlage, sondern nur eine bundeswehrinterne "Zentrale Dienstvorschrift" (66/2 vom November 1959). Verteidigungsminister Jung hat diese Regelung im Februar 2006 ausdrücklich bekräftigt.

Diese Regelung verstößt gegen die verfassungsmäßigen Grundsätze des religiös-weltanschaulichen neutralen Staates des Grundgesetzes. Der HVD fordert die sofortige Aufhebung dieser Bestimmung. Er fordert eine gesetzliche Regelung, die Pflichtunterricht für Bundeswehrsoldatinnen und -Soldaten nur durch staatliche Lehrkräfte, die nicht im kirchlichen Pflichtverhältnis stehen, festlegt.

Sollte für Kirchenangehörige ein religiös verantwortlicher Unterricht beibehalten werden, ist für religionsfreie Bundeswehrangehörige ein Lebenskunde-Unterricht ohne religiöse Bindung einzuführen, wie er etwa vom HVD an Schulen in einigen Ländern angeboten wird.

2.)

Für Soldatinnen und Soldaten, die zu ethischen, familiären oder religiösen Fragen Beratungsbedarf haben, stellt die Bundeswehr von ihr eingestellte und finanzierte, aber ausschließlich den großen christlichen Kirchen verpflichtete "Militärpfarrer" zur Verfügung. Für vergleichbare Fragen finden glaubensfreie oder andersgläubige Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr keinen Partner. Das sind heute bis zu 40 % der Soldatinnen und Soldaten.

Der HVD fordert für sie seit langem, religionsfreie humanistische Berater in der Bundeswehr einzusetzen. Versuche des Bundesvorstandes, Gespräche über dieses Thema zu führen, fanden beim früheren Wehrbeauftragten Verständnis und vor allem beim Bundeswehrverband großes Interesse. Die letzte Bundesregierung aber verweigerte sich jedem Gespräch.

Der HVD fordert die Bundesregierung auf, ihrer Verantwortung gegenüber allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den Diensten der Bundeswehr endlich nachzukommen.

Bundesdelegiertenversammlung HVD 6./7. Mai 2006